

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal egl. Bestellgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophienstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltige Petitseite 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Briefmarken für den Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Avr. 30

Stuttgart, den 23. Juli 1904.

20. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Mitglieder der Buchbinderverbände in Dänemark, Österreich und der Schweiz haben, sofern sich dieselben arbeitslos in Deutschland aufhalten, nur Anspruch auf Reiseunterstützung. Es ist denselben jedoch gestattet, sich an den einzelnen Zahlstellen drei Tage aufzuhalten und für diese Zeit die entsprechende Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Für einen eventuellen längeren Aufenthalt steht ihnen die Unterstützung nicht zu.

Als Ausweis der Berechtigung zum Bezug von Reiseunterstützung müssen die Mitglieder der oben genannten Verbände eine rote, von jeweiligen Zentralvorstand ausgestellte Legitimationskarte führen. Ohne diese Karte darf in keinem Falle Unterstützung verabsolgt werden. Karten, auf welchen von dem an der vorderen und inneren Seite angebrachten Ausdruck: „Für Österreich ungültig“ die Silbe „un“ ausgestrichen ist, sind den betreffenden Inhabern abzunehmen und uns sofort zu übersenden. Ebenso sind solche roten Karten, deren Ausfertigungsdatum länger wie 3 Monate zurück liegt, den Inhabern abzunehmen und uns einzusenden. Desgleichen sind alle solche roten Karten einzubehalten, auf welchen Radierungen, Änderungen usw. der gemachten Einträge vorgenommen wurden.

Der Übertritt in den deutschen Verband, unter Ausrechnung der geleisteten Beiträge und der eventuell bezogenen Unterstützung, kann in allen Fällen den Mitgliedern ausländischer Verbände nur dann gestattet werden, wenn dieselben im Besitz der roten Legitimationskarte oder eines anderen Ausweises der erfolgten Abmeldung bei dem jeweiligen Zentralvorstand sich befinden. Die Ausstellung des Mitgliedsbuchs geschieht durch den Verbandsvorstand und sind zu diesem Zwecke die entsprechenden Legitimationskarten beziehungsweise andere Ausweisepapiere nebst einem ausgefüllten Aufnahmeschein einzusenden.

Wir ersuchen die örtlichen und Gaubevollmächtigten, ebenso die Auszahler von Unterstützung sehr dringend, die obigen Vorschriften genau zu beachten, damit unnötige Arbeiten und Portoausgaben gespart bleiben und die von den deutschen Verbandsmitgliedern verlangte Ordnung auch von den Ausländern geübt wird.

2. Von dem Protokoll der Konferenz der Stuarbeiter in Gera sind Sonderabzüge zur Verbreitung unter den in der Stuiifabrikation beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen hergestellt worden. An diejenigen Zahlstellen- und Gaubevollmächtigten, in deren Wirkungskreis Personen in obengenannter Industrie beschäftigt sind, richten wir anmit das Ersuchen, nach Bedarf sich diese Sonderabzüge zufinden zu lassen und dann dieselben in geeigneter Weise zu verbreiten.

3. Um die Auflage beim Druck des Protokolls vom neunten Verbandstag bemessen zu können, ergeht an die Zahlstellen- und Gaubevollmächtigten das Ersuchen, die Anzahl der

benötigten Exemplare bis zum 1. August an uns bekannt geben zu wollen. Laut Beschluß des Verbandstags wird für jedes Exemplar des Protokolls 10 Pf. erhoben.

Der Verbandsvorstand.

I. A.: A. Dietrich.

Bericht vom Dresdner Verbandstag.*

Vierter Verhandlungstag.

Über „Tarifliche Vereinbarungen im Gewerbe“ referierte Schaible-Leipzig, der ausführte, daß der Geltungskreis des Tarifs sich in den vier Jahren nicht erweitert habe, wir konnten nicht in genügendem Maße dafür besorgt sein, weil in den drei Tariffstädten genügend zu tun war, um all den Feinheiten der Unternehmer und Werkführer bei Auslegung des Tarifs zu begegnen. Aber in der Provinz hätte auch mehr getan werden können, wenn der Verbandsvorstand mehr die treibende Kraft gewesen und auch die Zeitung mehr anfeuernde Artikel gebracht hätte. Die Leipziger Prinzipalität sei besonders daran, auf Grund der Geschäftsordnung für die Tariffschiedsgerichte, die unabhängigen Richter im Schiedsgericht unmöglich zu machen; diese Praxis der Leipziger Prinzipale wolle man anscheinend nun auch auf Berlin übertragen. Daran sei das Tarifamt viel schuld, das nicht so funktioniere, wie notwendig und wie verlangt. Redner macht nähere Auseinandersetzungen, wie wenig das Tarifamt leisten konnte, weil trotz aller Bemühungen der Gehilfen die Prinzipale nicht bereit waren, das Tarifamt zu dem zu machen, was es sein sollte. So konnten auch die Änderungen des Vorwortes bis jetzt nicht vollzogen werden. Eine solche Tarifgemeinschaft habe keinen Wert und es sei ebenso gut, wenn wir gar keine hätten, denn ein Verständnis hätten die Prinzipale bis jetzt dafür nicht gezeigt.

Draug-Berlin empfiehlt den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Vorwort mit zur Geltung zu bringen und plaidiert in weiteren Ausführungen dafür, daß für die Lohnarbeiter mehr gesorgt werde, ferner auch, daß sich die tariflichen

* Folgender Nachtrag wird notwendig sein hier anzuhängen. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich am ersten Verhandlungstag, als bekannt wurde, daß einem Berichterstatter, der für die Parteipresse die Berichte liefern sollte, abgefragt wurde und der Delegierte Albert zugleich die Berichterstattung für mehrere Zeitungen übernommen hat. Weiter auch legte der Verbandstag entschieden dagegen Verwahrung ein, daß in diesen Berichten von „Säuglingsunterstützung“ die Rede war, er faßte das als eine Verächtlichmachung der ernsthaften Anträge auf und ließ durch das Bureau erklären, daß er dagegen Verwahrung einlege. Später erklärte noch Redakteur Schmidt, daß die Berichterstattung in der Parteipresse mehr als dürftig sei, so namentlich in der Zeitungsdebatte, wo von seinen über zweifelhafte Ausfühungen 17 Zeilen gebracht wurden; daß die Berichte jede Objektivität vermissen lassen, halte er für selbstverständlich, da es Albert, der so stark Partei in der Sache ist, äußerst schwer fallen wird, objektiv zu berichten. Besonders unangenehm sei für ihn die Stelle im Bericht, wo gesagt wird, der Verbandstag möge Rücksicht mit ihm nehmen, da er erst vier Jahre im Amte sei, das habe er nicht gesagt; nach außen aber erwecke das den Anschein, als habe er auf dem Verbandstag um Gnade gefleht, das war keineswegs der Fall.

Vereinbarungen auch auf die Nebenbranchen erstrecken müssen.

Kloth-Leipzig tritt entschieden dafür ein, daß in den Provinzstädten mehr für Ausbreitung des Tarifs gesorgt werden müsse, namentlich jetzt, wenn die Beiträge erhöht, müßte energisch für Besserstellung der Kollegen in der Provinz gesorgt werden, die dann den erhöhten Beitrag auch gern zahlen würden. Er verwerfe nicht die Unterstützungseinrichtungen, doch es müsse von der Verbandsleitung auch mehr zum Kampfe aufgemuntert werden.

Bytomski-Berlin meint, daß die ängstliche Haltung des Verbandsvorstandes, namentlich in der leztjährigen Tarifbewegung mit der Anfrage des Vorstandes über die Verlängerung des Tarifs, viel dazu beigetragen habe, daß die Prinzipale uns so wenig respektieren, da bei denselben die Meinung aufkommen mußte, die Gehilfen fürchten sich vor dem Kampfe. Dazu würde es übrigens jedenfalls dieses Jahr in Berlin kommen bei Erhöhung der Stundenlöhne, den dann die Berliner zu führen wüßten. Redner spricht sich ebenfalls für eine lebhaftere Tarifstätigkeit in der Provinz aus.

Bibel-Leipzig verbreitet sich des längeren über die dem Tarifamt zugewiesenen Aufgaben, wobei bei den Prinzipalen besonders zum Ausdruck gekommen sei, daß sie keine Ahnung von der Wichtigkeit dieser Institution haben, wofür Redner zahlreiche Beweise dergestalt erbringt, daß trotz unsäglich Mühe die Prinzipale zu Tarifamtssitzungen nicht zu bewegen waren. Aber trotz aller Mängel und Michtachtung des Tarifamtes seitens der Unternehmer müsse es hochgehalten und weiter ausgebaut werden. Dazu gehöre aber, daß der Verbandsvorstand mit mehr Energie wie bisher den Prinzipalen entgegengetrete. Weiter bedauere er, daß der vom Tarifamt als Norm aufgestellte Stundenlohn von 40 Pf. bei den Bewegungen in der Provinz oftmals nicht gefordert wurde. Redner bespricht weiter den Fall Bleiflein und sucht nachzuweisen, daß den Gehilfenvertretern im Tarifamt nicht alle Schuld treffe.

Schlegel-Hamburg glaubt nicht recht daran, daß die Leipziger ihre Vorliebe für die kleineren Städte auch durch Taten beweisen werden. Den kleinen Zahlstellen sei schon oft versprochen worden, daß ihnen geholfen werde. Jedoch stets sei es dabei geblieben. Akfordarbeit sei in der Provinz fast gar nicht mehr vorhanden, weshalb man auch deshalb wenig Nutzen vom Tarifamt habe. Der erste Absatz der Resolution sei undurchführbar. Man solle ferner den Unternehmern „nicht so um den Bart gehen“, sondern mehr Stärke zeigen. Zu allererst müssen die großen Zahlstellen helfen, bessere Organisationsverhältnisse in der Provinz zu schaffen. Dann erst habe die Tarifbewegung und die Resolution einen Wert.

Zünemann-Erfurt hält die von den Tarifamtsvertretern angelegte Stundenlohnnorm von 40 Pf. für zu hoch, da in manchen Städten, wie in Thüringer Walde, im Erzgebirge usw. noch Stundenlöhne von 15 und 20 Pf. anzutreffen seien, eine plötzliche Erhöhung auf 40 Pf. sei daher undurchführbar. Er lege nicht diesen hohen Wert auf die Stundenlohnenerhöhung, solange noch 11- und 12stündige Arbeitszeit besteht, deshalb müßte vor allen Dingen die Agitation intensiver wie bisher betrieben werden, um die fernstehenden Kollegen erst als Mitglieder zu haben, dann ließen sich auch Lohnkämpfe führen.

Kohl-Dresden muß den Leipzigern auch den Vorwurf machen, daß sie für die Provinz bisher nur schöne Worte gehabt hätten. Die Lohnbewegung, die Dresden plane, werde durch Erhöhung der Beiträge von vornherein zunichte gemacht. Bisher habe man sich nur um die Großbuchbindereien gekümmert. Wenn die Organisation nicht besser dafür sorgt, daß die kleineren Zahlstellen aktionsfähig würden, wenn man sie durch hohe Beiträge der Organisation zu entfremden suche, so solle man sich nicht wundern, wenn ein Teil der Mitglieder sich ebenso wie die Portefeuller außerhalb des Verbandes Vorteile zu erringen suche.

Kloth-Leipzig weist die Vorwürfe Schlegels und Kohls, daß die Leipziger nichts als schöne Worte für die Provinzstädter übrig hätten, zurück, wobei er noch besonders darauf hinweist, daß die Leipziger für die Grimmitzschauer allein 4000 Mk. aufgebracht haben, was doch beweise, daß die Leipziger auch für die Provinz etwas übrig haben. Schlegel hätte sollen praktische Vorschläge machen, wie dem Tarif weitere Ausbreitung verschafft werden könne.

In der weiteren Diskussion beteiligen sich noch Klar-Berlin, Sailer-Luckenwalde, Schlegel-Hamburg, Küster-Hamburg, Hindfleisch-Kiel, Schade-Berlin, Kaiser-Köln, Schaible-Leipzig, Güth-Vielefeld, Rügner-Mannheim, Schröter-Leipzig und Luft-Berlin. Aus der Debatte ist das Fazit zu ziehen, daß gefordert wird, dort, wo der bestehende Tarif noch nicht in vollem Umfange zur Durchführung gelangen kann, auf den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen zu dringen.

Verbandsvorsitzender Dietrich wehrt die gegen den Verbandsvorstand erhobenen Vorwürfe, daß dieser die Schuld trage, wenn der Tarif nicht so Fortschritte machte, wie vielfach gewünscht, energisch ab. Für alles werde der Verbandsvorstand respektive er verantwortlich gemacht, während doch unsere Tarifbewegung daran kranke, daß überhaupt keine Prinzipalvereinigung bestehe, mit der wir Abschlüsse treffen könnten, die jegliche bestehe nur dem Namen nach. Redner verteidigt weiter die Maßnahmen des Vorstandes in den Tarifbewegungen 1900 und 1903.

Nach einigen unwesentlichen Auseinandersetzungen wird folgende Resolution angenommen:

1. Einführung des Tarifs und Abschluß kollektiver Arbeitsverträge außerhalb der jetzigen Tarifzone durch Zusammenfassung möglichst vieler Städte zu einheitlichem, gemeinsamem, energischem Vorgehen.
2. Vorarbeitende Agitation durch alle verfügbaren agitatorischen Kräfte durch Anstellung besoldeter Bezirksleiter event. eines zweiten Verbandsvorsitzenden.
3. Unterstützung dieser Aktion durch anfeuernde Artikel in der „Buchb.-Ztg.“

Ein Familienleben.

Von Guy de Maupassant.

Deutsch von Hans Felling.

Die Tramway von Neuilly hatte soeben die Porte-Maillot passiert und fuhr nun der großen Allee entlang, die an der Seine mündete. Die kleine Maschine, die den Wagen zog, ließ, um den Weg frei zu machen, Hornsignale ertönen, stieß Dampf aus, was dem Reichen eines Menschen, der sich außer Atem gelaufen, gleich; die Kolben der Maschine aber machten ein Geräusch, als bewegten sich eiserne Beine. Die schwüle Hitze eines Sommernachmittags hatte sich über die Straße verbreitet und obgleich sich kein Lüftchen bewegte, stieg dennoch von ihr ein weißer, kreidiger, undurchsichtiger heißer Staub, der sich auf der feuchten Haut festigte, die Augen anfüllte und in die Lunge trat.

Die Leute traten vor ihre Türen, um Luft zu schöpfen.

Die Wagenfenster waren herabgelassen, deren Vorhänge flatterten in der von der schnellen Fahrt bewegten Luft. Nur wenige Personen saßen im Innern des Wagens (man zog es an heißen Tagen vor, hoch oben oder in den Vorkabinen zu verweilen). Es waren dies zumeist dicke Damen mit komischen Toiletten, Bürgerfrauen aus dem Umkreis, welche den Mangel an Disziplin durch eine unzeitgemäße Würde zu ersetzen strebten; ferner Herren, erschöpft von Amtsbüden, mit gelben Gesichtern, gebeugter Haltung und mit ungleicher

4. Der Verband deutscher Buchbindereibesitzer sowie sonstige tarifstreue Prinzipale müssen ersucht werden, durch geeignete Rundgebungen die Einführung des Tarifs in der Provinz zu unterstützen.

5. Die notwendigen Geldmittel sind durch die Verbandskasse, eventuell durch freiwillige Beiträge der Tarifstädte zu decken.

Über „Agitation“ referiert Dietrich, der sich gegen den vielfach erhobenen Vorwurf wendet, daß der Verbandsvorstand in der Agitation nicht genug getan und mit den Mitteln knauserig gewesen sein soll, er habe den Gauvorständen nie die Mittel zur Agitation vorenthalten, allerdings bestimmte Summen in die Gaufassen zu legen, dafür sei der Verbandsvorstand nicht zu haben gewesen. Wenn die Gauvorstände eine richtige Arbeitsteilung unter dem Gauvorstand angehörigen drei Personen vornehmen würden, könnte in der Agitation gewiß manches mehr geleistet werden; jetzt ruhe alle Arbeit meist auf einer Person. Auch der Verbandsvorstand sei dafür, zwei bis drei besoldete Bezirksleiter anzustellen.

Küster-Hamburg begründet den von Hamburg gestellten Antrag, besoldete Bezirksleiter anzustellen, auch er ist der Meinung, daß in der Agitation mehr gemacht werden müßte, als bisher.

Pfüge-Leipzig tritt besonders dafür ein, daß auch den unbesoldeten Gauvorstehenden eine kleine Entschädigung für ihre viele Arbeit geleistet werde, ein diesbezüglicher von ihm gestellter Antrag verlangt acht Prozent von den Einnahmen und einen Mindestsatz von 10 Mk. pro Quartal.

Eberhard-Mürnberg spricht für die Anstellung eines Bezirksleiters für Bayern und schildert dabei recht wirkungsvoll die Kalamität, die für die bayrischen Zahlstellen durch die Treiberien der Unternehmer entstanden sind; niemand von den Kollegen wolle den Vorstoß übernehmen, da er gewärtige, in den nächsten Tagen gemäßigter zu werden, so ist eine bayrische Zahlstelle jetzt schon seit längerer Zeit ohne Vorstehenden.

Bergmann-Berlin hält es für ratsam, daß der Verbandsvorsitzende öfter als bisher größere Agitationsreisen unternähme und tritt für besoldete Gauleiter, zunächst für zwei, ein und möchte es Vorstand und Ausschuß überlassen, eventuell später mehr anzustellen.

Saßlinger-Erlangen teilt mit, daß in seiner Heimat viele Kollegen dem Verbandsrückhalt gelehrt hätten, weil sie angaben, so hohe Beiträge nicht zahlen zu können. Redner tritt für Anstellung eines Beamten für Erlangen-Fürth-Mürnberg ein, da wohl nirgends Hilfe so notwendig sei, wie gerade in diesem Bezirk mit seinen über 4000 Berufsangehörigen.

Schulterhöhe, verursacht von der anhaltenden Arbeit am Schreibtisch. Ihre unruhigen und traurigen Gesichter zeigten noch die Spuren der Dienstsjorgen, die beständige Geldnot, die einstigen, nunmehr ganz verblühten Hoffnungen. Denn alle gehörten zu dieser Armee schäbiger armer Teufel, die in einem baufälligen Häuschen mit einem Fleckchen Boden häufig zu finden sind, notdürftig sich erhalten.

An der Wagentüre plauderte ein kleiner dicker Mann, mit aufgedunsenem Gesicht und einem Bauch, der ihm zwischen seinen auseinander gespreizten Beinen herabhing, ganz in Schwarz gekleidet und das Ordensbändchen aufweisend, mit einem großen hageren Herrn, dessen Hemdtragen tief ausge schnitten war, der in einem sehr schmuggigen weißen Baumwollanzug steckte und auf dem Haupte einen alten Panamahut trug. Der erstere sprach langsam, etwas zögernd, so daß es zuweilen schien, als stottere er; das war Herr Caravan, Oberbeamter im Marineministerium. Der andere, ein früherer Arzt auf einem Handelsschiff, hatte damit abge schlossen, sich auf den Rundpunkt von Courbevoie niederzulassen, wo er an der armseligen Bevölkerung dieses Ortes die zweifelhaften medizinischen Kenntnisse anwandte, die ihm nach einem abenteuerlichen Leben noch geblieben waren. Er hieß Chemet und ließ sich Doktor nennen. Er besaß gerade nicht den besten Ruf.

Herr Caravan hatte stets das regelmäßige Leben eines Bureautraten geführt. Seit dreißig Jahren ging er unabänderlich nach seiner Amtsstube, jeden Morgen, auf demselben Wege, und

In der Nachmittagsitzung wird die Debatte fortgesetzt.

Güth-Vielefeld schildert die Schwierigkeiten bei der Agitation in den kleinen Städten und erkennt an, daß der Verbandsvorstand in der Agitation seine Schuldigkeit getan habe. Die Anstellung von drei Bezirksleitern halte er für notwendig.

Böttcher-Stuttgart schätzt den Verbandsvorstand gegen den Vorwurf, daß er Mittel zur Agitation verweigert habe. Redner hält eine kleine Entschädigung der Gauvorstehenden für sehr zweckmäßig.

Kloth-Leipzig stellt zum Antrag Hamburg ein Amendement, demzufolge die Ernennung der besoldeten Bezirksleiter nicht vom Verbandsvorstand zu erfolgen hat, sondern deren Wahl durch Abstimmung der Mitglieder im Gau vollzogen werden soll.

Umbreit (Generalkommission) begründet die Notwendigkeit der Anstellung besoldeter Bezirksleiter, denen vornehmlich die Aufgabe zugewiesen werden müsse, die Mitglieder in der Organisation zu halten, nicht nur neue zu werben. Die große Fluktuation im Buchbinderverband beweise, daß auch hier etwas gebessert werden müsse, die dem Verband verloren gegangenen Einnahmen durch die Austritte der vielen Mitglieder seien so große gewesen, daß dafür zehn Beamte angestellt werden könnten; die Anstellung von besoldeten Bezirksleitern werde deshalb nur vorteilhaft sein.

Weinschild (Vertreter des Portef.-Verb.) gibt seine Erfahrungen in der Agitation bekannt, die Hausagitation halte er für sehr wirkungsvoll.

Böttcher-Stuttgart wendet sich gegen Kloth's Amendement, desgleichen Bergmann-Berlin.

Albert-Magdeburg tritt für Anstellung besoldeter Bezirksleiter ein und für Anstellung eines zweiten Vorsitzenden, der bei Lohnbewegungen usw. hinausgehen soll und um Dietrich in der Arbeit zu entlasten.

Föhler-Stuttgart ersucht Eberhard und Kloth, ihre Anträge zurückzuziehen, da sie doch keine Aussicht auf Annahme hätten.

Nach weiteren Ausführungen zieht Kloth sein Amendement zurück, der Antrag Eberhard für Bayern einen besoldeten Bezirksleiter anzustellen, wird abgelehnt und dem Verbandsvorstand der Entscheid darin zugesprochen; der Antrag Pfüge, den unbesoldeten Gauvorständen eine Entschädigung zu geben, wird angenommen und weiter auch nachstehende Resolution:

traf an demselben Orte und zu derselben Zeit stets dieselben Leute, die ihren Geschäften nachgingen. Und jeden Abend kehrte er auf demselben Wege zurück, wo er wieder dieselben Gesichter fand, die er hatte altern sehen.

Täglich, nachdem er sich an der Ecke des Faubourg Saint Honoré für einen Sou seine Zeitung gekauft hatte, holte er sich seine zwei Brötchen, dann trat er in das Ministerialgebäude wie ein Schuldiger, der sich selbst im Gefängnis meldet; schnell eilte er nach seiner Amtsstube, das Herz voll Unruhe, in der ewigen Erwartung, für irgend eine Nachlässigkeit, die er sich hatte zuschulden kommen lassen, einen Verweis zu erhalten.

Nichts mochte je die einformige Ordnung seiner Existenz gestört haben, denn außer seinen Amtsangelegenheiten, den Beförderungen und Gratifikationen, berührte ihn kein Ereignis. Ob er nun im Ministerium war oder im Kreise seiner Familie (denn er hatte ohne Mitgift die Tochter eines Amtsgenossen geheiratet), er sprach von nichts anderem als seinem Dienst. Sein von den verdummennden Alltagsangelegenheiten eingeschränkter Geist hatte keine anderen Gedanken, keine anderen Hoffnungen, keine anderen Träume, als solche, die sich auf sein Ministerium bezogen. Nur eine Bitterkeit vergällte ihm seine Beamtengenügsamkeit: die Anstellung der Marinekommissäre — der Klemper, wie sie ihrer silbernen Galons wegen genannt wurden — als Chef und Unterchef. Jeden Abend bei Tisch erörterte er diesen Umstand lebhaft seiner Frau gegenüber, die seine Abneigung teilte; er meinte, es sei in jeder Beziehung ungebührlich, Leuten, die

„In Gauen, wo es das Interesse des Verbandes erfordert, kann die Festanstellung von Gaulleitern durch den Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuss erfolgen. Jedoch ist bei der Anstellung den Wünschen der Mitglieder des Gaus möglichst zu entsprechen. Die Stellen müssen öffentlich im Verbandsorgan zur Bewerbung ausgeschrieben werden. Die Einteilung der Gawe muß dem Verbandsvorstand überlassen bleiben.“

Es folgt die „Beratung der Anträge“ und zunächst des Antrags, der bezweckt, daß Portefeuilleer zukünftig im Verbands nicht mehr aufgenommen werden sollen.

Kohl-Dresden begründet den von Dresden gestellten Antrag. Nun der Portef.-Verband bestehe, würde es zu Unträglichkeiten führen, wenn wir noch die Agitation unter den Portefeuilleern für den Buchbinder-Verband betreiben würden.

Klar-Berlin spricht sich für weitere Aufnahme der Portefeuilleer aus mit Bezug auf die Beschlüsse des Halberstädter Gewerkschaftskongresses, der als einheitliche Organisation Industrieverbände empfohlen habe; in selben Sinne sprechen Bruns-Solingen, Schubert und Hoffmann-Berlin.

Weinschild (Portef.-Verb.) plädiert für Streichung des Wortes „Portefeuille“ in unserem Statut, da sonst neue Differenzen entstehen würden und es zu unliebsamen Konflikten zwischen den beiden Verbänden kommen würde, er bitte im Interesse des Friedens, den er sehr wünsche, darum; es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo der Buchbinderverband sein auf der Frankfurter Konferenz durch seine Vertreter gegebenes Versprechen einlösen könne.

Nach langer Debatte, an der sich über 20 Redner beteiligten und in der noch der Ausschussvorsitzende Schulze-Berlin für Nichtaufnahme der Portefeuilleer gesprochen, wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag mit 31 gegen 31 Stimmen abgelehnt, somit beschlossen, daß Portefeuilleern auch künftig Aufnahme im Buchbinderverband gewährt wird. Mit Nein stimmten sämtliche Berliner Delegierten bis auf Thielemann, ferner Stukenbrock, Kornacker, Albert, Bruns, Frey, D. Schröter, Jöhler, Reckling, Faust, Waaber; Böttcher enthielt sich der Stimme. Die Abstimmung verursachte eine große Erregung.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Beratung der Anträge wird fortgesetzt. Die Anträge, von wiederholt Eintretenden ein dreifaches Eintrittsgeld zu verlangen, werden nur von wenigen Rednern verteidigt und in der nachherigen Abstimmung auch abgelehnt, desgleichen die beantragte Erhöhung für Ausstellung eines Erzhauptbuchs. Angenommen wird der Antrag des Verbandsvor-

für die Seefahrt bestimmt wären, Amter in Paris zu geben.

Er war alt geworden, hatte aber nicht das Dahinfließen seines Lebens verspürt. Ohne Übergang war der Schule das Amt gefolgt und wenn er dort vor den Lehrern zitterte, so geschah es hier vor den Chefs, die er ganz entsetzlich fürchtete. Schon die Schwelle der Stube eines seiner Despoten ließ ihn von Kopf bis Fuß erbeben. Durch dieses beständige Fürchten hatte er ein linksisches Gehaben angenommen, eine demütige Haltung, eine Art nervöses Stottern.

Er kannte Paris nicht mehr als ein Blinder, der von seinem Hunde jeden Tag zu derselben Stelle geführt wird. Und wenn er in seinem Soublatt die Ereignisse und Skandale las, so betrachtete er sie als Phantasiengeschichten, erfunden zur Zerstreuung der kleinen Beamten. Als Mann der Ordnung, Reaktionsär ohne bestimmte Parteirichtung, nur Feind jeder „Neuerung“, überging er die politischen Nachrichten seines Blattes, die übrigens stets je nachdem sie bezahlt wurden, entstellte waren. Wenn er allabendlich durch die Allee der Champs-Élysées fuhr, so betrachtete er die wogende Menge der Spaziergänger und die rollende Flut der Equipagen wie ein verirrter Wanderer die fremden Gegenden.

Da er in diesem Jahre seine dreißig obligatorischen Dienstjahre vollendet hatte, erhielt er am ersten Januar das Kreuz der Ehrenlegion, das in den militärischen Verwaltungen die Vergeltung für lange und elende Knechtschaft — „treue Dienste“ wird es genannt — dieser an ihren grünen Karton

standes, der für die erste Zeit der Mitgliedschaft nicht Bücher, sondern nur Mitgliedskarten ausständigern will, ferner ein Antrag, nur solchen Mitgliedern Rechtsschutz zu gewähren, die 13 Wochen Mitglieder sind. Umbreit-Berlin regt hierbei an, auch in Streitigkeiten betreffs der Arbeiterversicherungsgesetze, bei Gutachten usw. Rechtsschutz zu gewähren, worauf Dietrich das als selbstverständlich bezeichnet. Die Anträge, die eine Veränderung in den Bestimmungen bei Abmeldung reisender Mitglieder ins Ausland verlangen, werden abgelehnt. Ein Antrag des Verbandsvorstandes, nur solchen Mitgliedern Gemäßregelungen unter Führung zu gewähren, die mindestens 13 Wochen Mitglied sind, wird von diesem zurückgezogen. Abgelehnt wird der Antrag, der die Restantwochen verkürzt wissen will.

Eine größere Debatte entpinnst sich über die Anträge, die dem Verbandsausschuss eine größere Vollmacht zuerteilen wollen. Der Ausschussvorsitzende Schulze und mit ihm Schewe-Berlin, Röhlig-Steglich und Schlegel-Hamburg treten dafür ein, daß dem Ausschuss das Recht zustehen müsse, Beschlüsse des Verbandsvorstandes direkt zu annullieren und daß die Beschlüsse des Ausschusses bis zum nächsten Verbandstag zu Recht bestehen. Dietrich wendet sich entschieden dagegen. In der Diskussion hierüber kommt auch die Ansicht zum Durchbruch, daß die Ausschüsse eine überflüssige Institution seien, auch Umbreit meinte, man könne sie ausschalten. Beide Anträge werden abgelehnt.

Ein Antrag, die Kosten der Gautage hat die Verbandskasse zu tragen, wird abgelehnt, dagegen, daß die Gaubevollmächtigten Unterstüzungen auszahlen können, angenommen.

Der Antrag 139 des Verbandsvorstandes wird angenommen, demzufolge die Zahlstellen bei Erhebung von lokalen Extrabeiträgen die Genehmigung des Verbandsvorstandes nachsuchen müssen. Die Anträge Berlin und Hamburg, daß zur Auseraumung einer Urabstimmung ein Zehntel der Mitglieder genügt, anstatt wie bisher ein Fünftel, werden angenommen. Durch Annahme der Anträge 142, 143 und 144 wird beschlossen, daß Verbandstage regelmäßig alle drei Jahre stattzufinden haben und auf denselben der Tagungsort des nächsten bestimmt wird, statt der bisherigen Bestimmung, daß auf 200 Mitglieder ein Delegierter zum Verbandstag entfällt, wird bestimmt, daß auf 300 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden darf.

Gegenständigkeitsverträge mit den ausländischen Verbänden soll auch fernerhin der Verbandsvorstand abschließen können, ein diesbezüglicher Antrag, der verlangt, daß auch der Ausschuss dabei zu Rate gezogen werden soll, wird mit 30 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Die Anträge 27 bis 30, die Wünsche

gefellten Zwangsarbeiter bildet. Diese unerwartete Würde gab ihm eine neue und hohe Vorstellung von seinen Fähigkeiten und verwandelte völlig seine Gewohnheiten. Von nun an legte er die farbigen Beinkleider und Phantasiemäntel beiseite und trug nur schwarze Hosen und langschöpfige Röcke, auf denen sich sein Ordensband, das er sehr breit trug, recht gut ausnahm. Er rasierte sich jeden Morgen, reinigte seine Nägel mit großer Sorgfalt, wechselte in einem berechtigten Gefühl der Schicklichkeit und aus Achtung für den nationalen Orden, dem er jetzt angehörte, jeden zweiten Tag seine Wäsche. Über Nacht war er ein anderer Caravan geworden, reinlich, majestätisch, herablassend.

Daheim sprach er bei jedem nur möglichen Anlaß von „meinem Orden“. Ein solcher Stolz war ihm überkommen, daß er nicht einmal leiden wollte, daß andere in ihren Knopflöchern irgendwelche andere Bändchen tragen. Hauptächlich ärgerte ihn der Unblick fremdländischer Orden, „man sollte nicht erlauben, sie in Frankreich zu tragen“; dabei hatte er es ganz besonders auf Doktor Chenet abgesehen, den er jeden Abend in der Tramway begegnete und der dabei mit irgend einem weißen, blauen, orangefarbenen oder grünen Bändchen geschmückt war.

Das Gespräch dieser beiden Herren vom Arc de Triomphe bis nach Neuilly hatte übrigens stets denselben Inhalt. An diesem wie an den vorhergegangenen Tagen beschäftigten sie sich vor allem mit den örtlichen Mißbräuchen, die den einen wie den anderen ärgerten. Der Maire von Neuilly machte sich seine Arbeit auch zu leicht. Dann, wie

in bezug auf Betreibung der Agitation äußern, werden dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Die Anträge auf Vergrößerung der Zeitung werden abgelehnt, auf Ausgestaltung in bezug auf Fachartikel angenommen, ferner der Separatdruck des Adressenverzeichnisses und somit die Ausmerzung aus der Zeitung bestimmt.

In der Nachmittagsitzung wird der Antrag: der Verbandsvorstand wird beauftragt, einen Buchbinderfalter herauszugeben, nach kurzer Begründung Rügner-Mannheim, dem Vorstande zur Erwägung überwiesen. Der Antrag Magdeburg, der den Verbandsvorstand und die Zahlstellen verpflichtet, für Bildungszwecke mehr als bisher Mittel zur Verfügung zu stellen, wird angenommen. Ein Antrag Hamburg, daß bei Abwehrstreiks, Maßregelungen, Tarifdurchbrechungen usw. die Ortsverwaltung berechtigt sei, selbständig eine Arbeitsniederlegung anzunordnen, wird abgelehnt. Ebenso der, wonach Mitglieder, die sich den Anordnungen einer Streikleitung widersetzen, aus der Zahlstelle ausgeschlossen werden sollen.

Betreffs der Unterstützung bei Streiks werden folgende Unterstützungssätze festgesetzt: Für weibliche Streikende 7 Mk., solche, welche einem eigenen Hausstand vorstehen, 9 Mk., ledige männliche 12 Mk., verheiratete 15 Mk., für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk. pro Woche. Sodann gibt Post-Berlin Bericht über die Unterstützungs-(Neuner-) Kommission, die zwei Tage beraten hat, um die zu den Unterstützungen vorliegenden Anträge zu einer Vorlage zu verarbeiten. Die Kommission empfiehlt folgendes: Der Beitrag für männliche Mitglieder wird von 35 Pf. auf 45 Pf., für weibliche von 15 Pf. auf 20 Pf. erhöht. Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben verbleibt den Zahlstellen ein Betrag von 15 Proz. (bisher 20 Proz.) der Beiträge.

Arbeitslosen-Unterstützung soll gezahlt werden (anstatt vier sind sechs Klassen eingeführt) für männliche Mitglieder:

1. Nach 26wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 0,50 Mk. bis 15 Mk. = 30 Tage.
2. Nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 0,75 Mk. bis 45 Mk. = 60 Tage.
3. Nach 104wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 1 Mk. bis 60 Mk. = 60 Tage.
4. Nach 156wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 1,25 Mk. bis 75 Mk. = 60 Tage.
5. Nach 208wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 1,50 Mk. bis 90 Mk. = 60 Tage.
6. Nach 260wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 1,75 Mk. bis 105 Mk. = 60 Tage.

Die Unterstützung der 1. Klasse wird nur den auf der Reise befindlichen Mitgliedern gewährt.

es in der Gesellschaft eines Arztes unausbleiblich zu kommen pflegt, ging Caravan auf das Kapitel Krankheit über, wobei er hoffte, auf diese Weise gratis einige kleine Ratschläge zu erhalten oder gar eine regelrechte Konsultation, sofern er es nur geschickt anfaßte, so daß der andere nichts von der Absicht merkt. Übrigens machte ihm auch seit einiger Zeit das Befinden seiner Mutter einige Sorgen. Es kamen bei ihr häufig anhaltende Ohnmachten vor und obgleich sie bereits neunzig Jahr alt war, wollte sie sich doch nicht pflegen lassen.

Ihr hohes Alter ging Caravan nahe und unaufhörlich richtete er an „Doktor“ Chenet die Frage:

„Ist Ihnen das schon oft vorgekommen?“ Bergnügt rieb er sich dabei die Hände, nicht etwa weil ihm daran gelegen gewesen wäre, die gute Alte ewig auf Erden zu sehen, sondern weil das lange Leben der Mutter ihm für sich selbst ein gutes Zeichen dünkte. Er setzte fort: „D, in meiner Familie lebt man lange. Ich bin gewiß, daß ich, wenn mir nichts zustößt, recht alt werde.“ — Der Arzt warf einen Blick des Mitleids auf ihn; er betrachtete einen Moment die massive Gestalt seines Nachbarn, den fetten Hals, seinen Schmerzbauch, der zwischen den dicken Beinen herabhängt, die ganze zum Schlagfluß geneigte Rundung des alten Beamten und dann, den schmierigen Panamahut lästend, antwortete er höhnisch: „Nicht so sicher das, meiner Lieber. Ihre Mutter ist zaunbürr und Sie sind kugelrund.“ Caravan wurde dadurch beunruhigt und schwieg.

(Fortsetzung folgt.)

Der jetzige Paragraph 20 des Statuts soll dergestalt umgeändert werden, daß ausgesteuerte Mitglieder schon nach 26 Wochen Beitragsleistung in der gleichen Klasse Unterstützung beziehen können.

Für weibliche Mitglieder:

1. Nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 75 Pf. bis 22,50 Mk. = 30 Tage.
2. Nach 156wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 1 Mk. bis 35 Mk. = 35 Tage.
3. Nach 260wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 1,25 Mk. bis 50 Mk. = 40 Tage.

Ferner eine

Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder

und zwar:

Nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 40 Pf. auf die Dauer von 40 Tagen in Summa 16 Mk. Die Unterstützung beginnt mit dem 8. Tage. Ausgesteuerte Mitglieder können erst nach weiterer 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung auf neue Krankenunterstützung beziehen.

Schließlich eine

Sinterbliebenen-Unterstützung

für männliche Mitglieder resp. deren Ehefrauen und Kinder im Falle des Ablebens eines Mitglieds. Auch Sinterbliebenen lediger männlicher Mitglieder werden unterstützt. Bedingung ist, daß das Mitglied drei Jahre dem Verband angehört. Die Unterstützungssätze schwanken zwischen 8 Mk. wöchentlich (vier Wochen lang) und 15 Mk. (dreizehn Wochen lang). Ferner schlägt die Kommission betr. der Invalidenunterstützung eine Resolution vor, worin der Verbandsvorstand aufgefordert wird, zunächst erst das statistische Material als Unterlage dazu bis zum nächsten Verbandstag (in drei Jahren) zu sammeln und eventuell auf Grund desselben eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

Als Beihilfe zum Umzug

schlägt die Kommission die Annahme der Anträge des Verbandsvorstandes vor, derzufolge die Unterstützung unbefristet um die Entfernung des Zuwegortes vom bisherigen Wohnort nur nach der Dauer der Verbandszugehörigkeit bemessen werden soll; der Höchstsatz wird von 40 auf 60 Mk. festgesetzt. Ferner soll denjenigen weiblichen Mitgliedern, die einen eigenen Hausstand versehen, die Hälfte der Unterstützungssätze gewährt werden.

Den Zahlstellen sollen zur Bestreitung örtlicher Ausgaben statt bisher 20 Prozent nur noch 15 Prozent verbleiben.

Kohl-Dresden hat einen Antrag eingebracht, wonach Hilfsarbeiter der Klasse der weiblichen Mitglieder beitreten können. Es liege ihm daran, den schlechtentlohnenden Arbeitern die Möglichkeit zu geben, der Organisation auch bei hohen Beiträgen treu zu bleiben. Es sei ihnen ja nicht verwehrt, da, wo sie es könnten, in der höheren Klasse zu steuern. Luft-Berlin stimmt dem zu und beantragt ein Amendement, wonach sämtliche Kollegen, die unter 15 Mk. pro Woche verdienen, ebenfalls in der Klasse der weiblichen steuern dürfen. Bergmann-Berlin beantragt Übergang zur Tagesordnung. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 41 gegen 22 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung, die eine namentliche ist, wird die Erhöhung der Beiträge mit 48 gegen 12 Stimmen beschloffen. Die beiden Schriftführer Kempe und Friederici fehlen, weil sie das Protokoll machen. Wilhelm-Altona enthielt sich der Stimme, worauf folgendes Resultat zu verzeichnen ist: Mit Nein stimmten: Luft, Sailer, Schlegel, Küster, Albert, Hefche, Kohl, Jennrich, Klink, Engelmann, Hammler und Böhler. Alle übrigen mit Ja.

Auch die sonstigen Anträge der Kommission werden angenommen.

Die Anträge auf Erhöhung der Gemäßregelungsunterstützung werden abgelehnt und die Bestimmung derselben wie bisher dem Verbandsvorstand überlassen. Das Bureau schlägt vor, um mit den Arbeiten fertig zu werden, eine Abend Sitzung abzuhalten; dem wird zugestimmt und der Beginn derselben auf 8 Uhr festgesetzt.

In der Abend Sitzung herrscht drückende Schwüle im Saale, weshalb die Mehrzahl der Delegierten in Hemdbärmeln dahißt. Bei Eröffnung

der Sitzung macht das Bureau den Vorschlag, erst die noch wenig verbliebenen Anträge zu erledigen, um sodann die Anträge auf Sitzverlegung und die Wahlen vorzunehmen. Der Verbandstag ist damit einverstanden.

Mit Rücksicht auf die Annahme der Anträge, eine Krankenunterstützung einzuführen, werden die Anträge zur Einführung einer Brautaussteuer abgelehnt und der Verbandsvorstand zieht die Anträge auf Gewährung einer Wöchnerinnen-Unterstützung zurück. Die Wiedererhebung einer Extrasteuer kann zukünftig nicht nur durch den Vorstand erfolgen, sondern muß durch Vorstand und Ausschuß gemeinsam erfolgen. Ueber die Vorlage der Kommission wird ein bloc abgestimmt und dieselbe angenommen.

Unter großer Spannung wird sodann zur Wahl des Vorortes geschritten, wozu die Anträge auf Sitzverlegung des Vorstandes und der Redaktion nach Berlin resp. Leipzig vorliegen.

Schlegel-Hamburg beantwortet den Antrag auf Sitzverlegung. In den Verbandsvorstand müßte frisches Blut hineinkommen, damit namentlich bei Lohnbewegungen etwas energischer vorgegangen werde. Stuttgart in der Westseite Deutschlands sei als Sitz des Vorstandes ungeeignet, zumal von dort bei Lohnbewegungen, deren Mehrzahl doch in Mittel- und Norddeutschland geführt werden, nicht schnell genug eingegriffen werden könne. Der Vorstand bremse zuviel, und deshalb würde in Berlin die Sache gewiß anders werden.

Schröter-Leipzig spricht ebenfalls für die Sitzverlegung, aus den schon aus Artikeln der Zeitung bekannnten Gründen.

Bergmann-Berlin weist darauf hin, daß Berlin immer mehr die gewerkschaftliche Zentrale wird, die meisten Zentralverbände, die General-Kommission und der Parteivorstand haben dort ihren Sitz. Wenn je die Befürchtungen eintreffen würden, die jetzt auf Grund der Mantuffel-Reden im Herrenhause vielfach in Arbeiterkreisen gehegt werden, so sei die Möglichkeit immer geboten, im gegebenen Falle sich davor zu schützen. Keinerlei persönliche Voreingenommenheit bewege die Berliner zur Stellung ihres Antrags, sondern rein praktische Erwägungen. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder gehören den norddeutschen Zahlstellen (Berlin, Leipzig, Hamburg, Hannover, Dresden usw.) an. So sei auch bei Tarifbewegungen die Verbindung mit Stuttgart äußerst schwer und umständlich. Es sei der sehnliche Wunsch der Berliner, daß Dietrich mit nach Berlin übersiedle, sie, die Berliner seien bereit in der Gehaltsfrage deshalb das größte Entgegenkommen zu zeigen und werden 2400 Mk. Gehalt für Dietrich beantragen, wenn er mit nach Berlin übersiedle. Stuttgart sei die Ursache mancher Mißhelligkeiten gewesen und auch der Redakteur hätte gewiß nicht solchen Standpunkt in der Neutralitätsfrage und der Maifeier eingenommen, wenn er statt in Stuttgart in Berlin gewesen wäre.

Böttcher-Stuttgart verteidigt in längeren Ausführungen den Sitz des Vorstandes am bisherigen Orte zu belassen. Wenn zwei der größten Verbände, die der Metall- und der Holzarbeiter ihren Sitz in Stuttgart haben, so würde wohl für unseren Verband auch keine Notwendigkeit vorliegen, den Ort zu wechseln. Wenn dem jetzigen Vorstand immer der Vorwurf gemacht wird, er leiste in der Verbandsarbeit zu wenig, und wenn auf Unfähigkeit angepielt wird, so erlaube er sich zu bezweifeln, ob denn in Berlin, woselbst nach seinem Empfinden die Intelligenz auch nicht gerade überprundet, alles so bestellt wäre, daß keinerlei Klagen von den Mitgliedern erhoben würden, wenn der Vorstand dort seinen Sitz habe. Es müsse denn aber doch gerade darauf verwiesen werden, daß die nicht geringe Erhöhung der Löhne in Stuttgart gerade dem Eingreifen des Verbandsvorstandes, insonderheit Dietrich zu danken sei. Dietrich habe für den Verband viel geleistet, deshalb seien wir auch verpflichtet, bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge einige Rücksicht auf ihn und seine Verhältnisse zu nehmen. Dietrich sei gewiß auch in den Jahren seiner Tätigkeit mit Arbeit überlastet worden und wenn man das einsehe, solle man einen zweiten Vorsitzenden wählen und den nach Stuttgart schicken, dann sei allen geholfen.

Redakteur Schmidt verwahrt sich dagegen, daß Stuttgart, oder gar der Einfluß des Verbands-

vorstandes seine Ansichten geändert habe; er möchte das als Nebengrund zur Sitzverlegung nicht aufkommen lassen; Dietrich vertrete eher die schärfere politische Richtung wie er. Er habe noch nie zu den Ultraroten gehört, auch in Berlin nicht und konnte daher in Stuttgart seine Ansichten nicht geändert haben.

Föhler-Stuttgart ergänzt die Ausführungen Böttchers. Es sei zur Mode geworden, den Sitz der Zentralverbände nach Berlin zu verlegen. Er hege aber auch nicht das unbegrenzte Vertrauen zu den preussischen Behörden, sondern befürchte, daß zu passender Zeit ein vernichtender Schlag gegen die Gewerkschaften geführt werde; dergleichen Befürchtungen seien für Süddeutschland weniger zu hegen. Wenn man durchaus der Ansicht ist, daß eine frische Kraft in die Zentralleitung hineingehöre, so solle man Kloth als zweiten Beamten nach Stuttgart schicken und alles wäre aufs beste bestellt. Das fixierte Gehalt für Dietrich sei nur eine Lockvogelpeife, um ihn von Stuttgart nach Berlin zu bringen.

Ausschußvorsitzender Schulze tritt namens des Ausschusses entschieden für Sitzverlegung nach Berlin ein. Der Verbandsvorstand habe immer von Berlin aus geschoben werden müssen, namentlich bei den Tarifbewegungen, aber auch bei Bewegungen in der Provinz und in den Nebenbranchen.

Schröter-Stuttgart plädiert für Sitzverlegung. Es sei Zeit, daß der Verbandsvorstand von Stuttgart wegkomme, Stuttgart sei nicht der geeignete Platz als Vorort und der Verbandsvorstand beeinflusse das Vereinsleben der Stuttgarter Zahlstelle, auch Schmidt, mit dessen Ansichten er zum größten Teil übereinstimme, habe in den Jahren in der Festigkeit seiner Gesinnung nachgelassen. Die Stuttgarter Kollegen hätten manchmal erst den Widerstand des Verbandsvorstandes brechen müssen, um die von ihnen beantragten höheren Löhne durchzusetzen. Lediglich die persönlichen Interessen Dietrichs hätten eine Stuttgarter Versammlung nach einer Rede Dietrichs veranlaßt, für Belassung in Stuttgart zu stimmen. Er, Redner und Frey, die sich stets für die Verlegung ausgesprochen, seien trotzdem als Delegierte gewählt worden, was doch beweise, daß die Versammlung sich nachher habe düpiieren lassen. Der Hinweis, daß auch der Holzarbeiterverband seinen Sitz in Stuttgart habe, sei nicht stichhaltig, denn nur einer fehlerhaften Abstimmung verdanke er dies.

Klar-Berlin spricht ebenfalls für Sitzverlegung, doch Dietrich solle mitgehen. Es sei notwendig, daß bei den bevorstehenden Aktionen schneller eingegriffen werde, was von Berlin aus besser geschehen könne.

Walther-Leipzig gibt die Erklärung ab, daß die Leipziger bei einer Sitzverlegung ebenfalls wünschen, Dietrich weiter in bisherigen Amte zu sehen. Redner zieht zugunsten des Berliner Antrags den der Leipziger zurück.

Güth-Vielefeld spricht gegen die Verlegung. Die Provinzialräte seien mit dem überlegenen Vorgehen des Verbandsvorstandes durchaus zufrieden, für sie passe das Draufgängertum nicht. Der Verbandsvorstand habe seine volle Schuldigkeit getan, was die in den Jahresberichten aufgezählten zahlreichen Lohnbewegungen beweisen.

Rfüke und Hefche-Leipzig sprechen gegen und Bergmann-Berlin nochmals für die Sitzverlegung; längere Ausführungen macht noch

Joh. Frey-Stuttgart, der bemerkte, daß wenn Schröter das in einer Stuttgarter Versammlung gesagt hätte, er sicher nicht gewählt worden wäre (Widerspruch Schröters). Er bitte auch den Vorstand um deswillen in Stuttgart zu lassen, weil nach seinem Fortgange nicht genug unabhängige Leute am Orte verbleiben, die bei Tarif- und Lohnbewegungen die Geschäfte besorgen.

Schlegel-Hamburg weist noch darauf hin, daß eine Sitzverlegung nach Berlin auch für das schnellere Expedieren der Zeitung vorteilhaft sein müsse.

* Zum besseren Verständnis wollen wir anfügen, daß von den gewählten Brüdern Frey der eine (Karl), der für Sitzverlegung war, nicht nach Dresden ging, weil er inzwischen eine Stelle als Redakteur an der „Turnerzeitung“ angenommen hat; Joh. Frey hat sich immer gegen Sitzverlegung ausgesprochen.

Verbandskassierer Hauelsen sagt, daß wenn nicht alle Obliegenheiten zur vollen Zufriedenheit hätten vom Vorstand erledigt werden können, so liege das nicht an diesem; in Berlin würde das gewiß auch nicht anders werden. Mit der Sitzverlegung würde dem Verbandsdienst erwiesen, wohl aber mit der Anstellung eines zweiten Beamten, denn es lasse sich nicht verhehlen, daß Dietrichs Arbeitskraft verbraucht ist; daran sei der Verband selbst schuld, der mit Dietrichs Arbeitskraft früher Raubbau getrieben habe. Dietrich könne deshalb keinerlei Vorwürfe treffen; wenn ihm jemand zur Seite gestellt und er dadurch entlastet würde, könnte er noch der Drangsal viel nützen.

Verbandsvorsitzender Dietrich: Stichtagsartige Gründe für die Verlegung seien hier ebensowenig wie bisher in der Zeitung angeführt. Auch der Vorstand habe schon häufig drängen und schieben müssen, sei nicht stets der Geschobene gewesen, was er den Ausführungen des Ausschussesvorsitzenden gegenüber besonders bemerken wolle. Die Generalkommission und die anderen 26 Verbände hätten in Berlin nichts Sonderliches gewonnen. In Stuttgart sei der Verband in 19 Jahren groß und stark geworden. Berlin, namentlich der Ausschuss, hätten bisher nur kritisiert, aber nicht gezeigt, wie es besser gemacht werden könne. Gewiß habe er lange und schwer gearbeitet, und er würde auch mitgehen, wenn eine zwingende Notwendigkeit vorläge. Aber das sei nicht der Fall. Wegen seiner Familie, seiner alten Frau, könne er einfach nicht fortziehen, ohne sie verkommen zu lassen. Man solle sich den Entschluß noch mal reiflich überlegen.

Schulze-Berlin verwahrt den Ausschuss gegen die Vorwürfe Dietrichs.

Der Antrag auf Verlegung von Stuttgart wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 35 gegen 24 Stimmen angenommen. Mit Mein stimmen: Stufenbrock und Kornacker-Hannover, Geißler-Braunschweig, Pfüge, Heß, Heße und Zipperer-Leipzig, Jennrich-Dresden, Jilmemann-Erfurt, Gütth-Bielefeld, Kaiser-Köln, Bruns-Solingen, Getrost-Frankfurt, Rügner-Mannheim, Jöhler, Frey und Böttcher-Stuttgart, Hammler-Heilbronn, Wöhler-Regensburg, Haßlinger-Erlangen, Eberhard-Witzburg, Redding-Fürth, Faust und Baader-München. — Kloth-Leipzig, Klinte-Eberfeld und Schröder-Stuttgart enthielten sich der Stimme.

Der Antrag, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen, wird ebenfalls angenommen. Beschlossen wird, die Übersiedelung und damit den Amtsantritt des neuen Vorstandes auf den 1. Oktober stattfinden zu lassen. Ferner wird beschossen, einen zweiten besoldeten Vorsitzenden anzustellen. Beschlossen wird noch, die Gehälter der Beamten nach den Beschlüssen des letzten Gewerkschaftskongresses zu regeln. Das Anfangsgehalt des Vorsitzenden wird auf 2200 Mk., steigend in den ersten drei Jahren um 100 Mk., von da aber um 50 Mk., bis 3000 Mk. festgesetzt. Das Anfangsgehalt des Kassierers und Redakteurs wird auf 2000 Mk. (rückwirkend für die jetzigen Beamten für zwei Jahre), der Höchstbetrag auf 2700 Mk. normiert. Die besoldeten Gauleiter erhalten 1800 Mk. Anfangsgehalt mit denselben Zulagen jährlich bis 2400 Mk.

Darauf wird gegen 1/2 12 Uhr die Sitzung abgebrochen, um anderntags die Wahlen vorzunehmen.

Sechster Verhandlungstag.

Zunächst wird die Wahl des ersten Vorsitzenden vollzogen. Dietrich, allerseits vorgeschlagen, lehnt bestimmt ab. Der Vorsitzende Kohl spricht die Erwartung aus, daß bei einstimmiger Wahl Dietrich nach Berlin mitgehen werde. Es erfolgt die Wahl, in der Dietrich von 62 abgegebenen Stimmen 61 erhält. Dietrich erklärt, es sei ihm unmöglich mitzugehen, um bestimmte Zusätze zu machen, müßte er erst mit seiner Familie Rücksprache nehmen. Von einem Redner wird verlangt, Dietrich müsse eine bestimmte Erklärung hier abgeben, der Verbandstag könne darauf nicht warten. Als Dietrich sich dazu außer Stande erklärt, wird beschossen, ihm ein Ehrengehalt von 2000 Mk. jährlich (seinen bisherigen Gehalt) zu gewähren.

Dietrich dankt für das große Vertrauen, das ihn ungemein freue. Er kann aber vor Erregung

nicht weiter sprechen. Der Verbandstag konstatiert hierauf, daß das Ruhegehalt selbstverständlich mit dem heutigen Tage in Kraft trete, worauf Dietrich tief bewegt, fast lautlos erklärt: „Gut, — dann lassen Sie mich in Stuttgart!“ (Starke Bewegung.) Dietrich erklärte es hierauf für selbstverständlich, auch weiterhin für den Verband zu arbeiten, soweit es seine Kräfte erlaubten.

Beschlossen wird, von der Wahl eines zweiten Beamten Abstand zu nehmen und es dem Vorstandsvorsitzenden und Ausschuss zu überlassen, wenn sich eine solche Notwendigkeit erweist, einen zweiten Beamten anzustellen.

Es folgt die Wahl des ersten Vorsitzenden. Zur Kandidatur stehen Kloth-Leipzig und Brückner-Berlin, ersterer wird mit 39 gegen letzteren, der 18 Stimmen erhält, gewählt.

Hauelsen wird einstimmig als Verbandskassierer wiedergewählt.

Redakteur Schmidt wird mit 49 Stimmen wiedergewählt, abgegeben wurden außerdem zehn weiße und ein ungültiger Zettel.

Als Ausschussvorsitzender wird Zipperer-Leipzig mit 56 Stimmen gewählt.

Punkt 6: Gewerkschafts- und Heimarbeiterskongress wird von der Tagesordnung abgesetzt, dafür der Vorstand in einer Resolution aufgefordert, der Frage der Abschaffung der Heimarbeit im Verufe mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Zu Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress werden gewählt: Dietrich, Zipperer, Kloth, Schmidt und Brückner, nachdem Umbeitz besonders dafür eingetreten ist, daß außer dem Vorstandsvorsitzenden auch besonders die Redaktion der Zeitung dort vertreten sein müsse.

Ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, mit dem Portefeuilerverband zwecks Abschluß eines Vertragsverhältnisses in Verbindung zu treten, zählt bereits 57 Unterschriften und wird einstimmig angenommen, nachdem Weinschild erklärte, daß sein Verband bereits ebenso votiert habe.

Hierauf werden einige Hamburger Angelegenheiten erledigt. Der Verbandstag erklärte nach den Vorschlägen der Kommission, den Antrag Grimms und Haß, ihnen Ehrenerklärungen ausstellen zu lassen, abzulehnen, da die Manipulationen Grimms eine herzergebende Wirkung gehabt hätten. An der Hamburger Streifabrechnung sei nichts anzufehen.

Beschlossen wird, das neue Statut am 1. Oktober in Kraft treten zu lassen. Der nächste Verbandstag findet 1907 in Nürnberg statt. Dietrich erklärt, bis zum Amtsantritt Kloth's im Amte bleiben zu wollen.

Zwecks Regelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten hat eine Siebenerkommission ein Regulative ausgearbeitet, das die Zustimmung des Verbandstags findet. Die Beamten werden verpflichtet, der Unterstützungsvereinigung des Vereins „Arbeiterpresse“ anzugehören und zählt der Verband die Hälfte der Beiträge. Der Antrag, den Gaubevollmächtigten die acht Prozent Entschädigung vom 1. Januar ab rückwirkend zu gewähren, wird angenommen, ebenso das neue Wahlreglement für die Delegierten zum Verbandstag, das mancherlei Verbesserungen enthält.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Bergmann-Berlin spricht dem Bureau und dem Lokalkomitee den Dank des Verbandstags aus, worauf Brückner die Schlußrede hält, worin er erklärt, daß die Entwicklung des Verbandes nicht zum wenigsten dem nun scheidenden Kollegen Dietrich zu verdanken sei und daß wir ihn deshalb höchst ungern scheiden sehen. Dietrich dankt in herzlichen Worten und bittet, den Mitgliedern allerorts einen Gruß zu bestellen. Die Einmütigkeit in der Beurteilung seiner Tätigkeit und seine eventuelle Wiederwahl habe wohlthuend auf ihn gewirkt und ein gewisses Schmerzgefühl bei ihm gemildert. Er sage allen in der Hoffnung Lebewohl, daß unter der neuen Leitung der Verband blühe und gedeihe. (Bravo!) Nach einer kurzen Ansprache Kloth's wird hierauf der Verbandstag mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband und die deutsche Arbeiterbewegung gegen mittag geschlossen.

Berichtigung. In dem Bericht über den Verbandstag in Nr. 29 muß es Seite 227 zweite

Spalte, dritte, vierte und fünfte Reihe von unten heißen: . . ., daß die Propagierung der Neutralität der Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Gesinnung vereinbar (nicht unvereinbar) ist. Kollege Schable-Leipzig hat die Einführung einer Invalidenunterstützung nicht für undurchführbar bezeichnet.

Korrespondenzen.

Die Sperre über die Firma J. F. Diebel in Offenbach a. M. ist strengstens aufrecht zu erhalten.

Stuttgart. Am 9. Juli hielt unsere Zahlstelle ihre vierteljährliche Hauptversammlung ab. Infolge Ausübung eines Mandats unseres Vorsitzenden Frey auf dem Verbandstag wurde ein Geschäftsbericht nicht gegeben. Den Kassenbericht gab Decker und ist demselben in der Hauptsache folgendes zu entnehmen: Die Zahlstelle verausgabte für Arbeitslosenunterstützung im Berichtsquartal 614,65 Mk. und für Umzugskosten 55 Mk. Die Gesamteinnahmen für den Verband betragen 2739,55 Mk. Die Lokalausgaben betragen für Arbeitslosenunterstützung 275,55 Mk. An Unterstützung für die ausgesperrten Kollegen in Dänemark 200 Mk. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 1024,13 Mk., die Gesamteinnahmen auf 1702,42 Mk., womit nun unser Lokalvermögen auf 15846,92 Mk. angewachsen ist. Die Mitgliederzahl beträgt an männlichen 541 gegen 533, an weiblichen 321 gegen 328, zusammen 862 gegen 861 am Ende des vorigen Quartals. Mit Bedauern mußte noch konstatiert werden, daß die Zahl der restierenden Beiträge wiederum angewachsen ist, was ganz besonders in den größeren Werkstätten zu beobachten ist.

Sobann hielt uns ein Genosse Berz anlässlich des am 31. Juli geplanten Zahlstellenausflugs nach dem Hohenstaufen und Rechberg einen kleinen Vortrag über die zu besuchende Gegend. Beifällig wurde der Vortrag von den anwesenden Kollegen aufgenommen. Hierauf wurde seitens Schopper sen. angefragt, ob vom Vorsitzenden noch keine authentischen Nachrichten vom Verbandstag an den Zahlstellenvorstand gelangt seien. Bei Verneinung dieser Frage bedauert Schopper, daß dies unterlassen worden sei. Frey wußte doch, daß heute Versammlung stattfindet und er hätte einen, wenn auch noch so kurzen Bericht dem Vorstände zukommen lassen sollen. Da hierauf niemand mehr das Wort wünschte, erlebte die Stuttgarter Zahlstelle das seltene Schauspiel, eine Versammlung um 10 Uhr beendet zu sehen.

Mannheim-Ludwigshafen. In der am 11. Juli stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte Rügner über den Verbandstag. Redner verstand es, in zweistündiger Rede die zahlreich anwesenden Kollegen durch seine so sehr wichtigen Ausführungen zu fesseln. Allgemein wurde die Erhöhung der Beiträge, Erweiterung der Unterstützungsfähige, Annahme des Antrags 67 usw. von den Anwesenden freudig begrüßt. Diskussion wurde nicht gewünscht, und sprach die Versammlung unserem Delegierten Rügner den besten Dank aus für den so vortrefflichen Bericht.

Hierauf sahen wir uns gezwungen, die Neuwahl eines ersten Vorsitzenden zu vollziehen. Rügner als bisheriger erster Vorsitzender ist leider gezwungen, Mannheim zu verlassen. Ein Bedauern ging durch die versammelten Kollegen, daß wir diesen so tapferen und tüchtigen Kollegen für die Zahlstelle verlieren müssen. Als Vorsitzender wurde Konrad Göhe gewählt. Nach Erledigung anderer Punkte der Tagesordnung erbat sich Rügner zum Abschied von der hiesigen Zahlstelle das Wort. Derselbe ging näher auf die Erfolge der hiesigen Kollegenschaft und ihrer gewerkschaftlichen Betätigung ein und sprach die Hoffnung aus, daß die Kollegenschaft auch fernerhin fest zu unserer Fahne stehen und mit all ihren Kräften sich an der modernen Arbeiterbewegung beteiligen möge. (Bravo.) Hierauf Schluß der schön verlaufenen Versammlung.

Straßburg. In einer am 16. Juli stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung erstattete Jöhler aus Stuttgart Bericht über den Verbandstag. Den Bericht an dieser Stelle wiedergeben erübrigt sich wohl, doch dürfte es von Interesse sein, die Kritik einer kleineren Zahlstelle

an den Beschlüssen des Verbandstags, soweit sie sich in der Diskussion ergab, zu veröffentlichten. Vornehmlich wurde in der Debatte bedauert, daß der von uns gestellte Antrag, Krankheit ist als Erwerbslosigkeit zu betrachten und dementsprechend zu unterstützen, abgelehnt wurde. Eine Unterstützung in der Form wird schon seit mehreren Jahren erstrebt, soll sie doch hauptsächlich dazu dienen, verheirateten und am Orte ansässigen Mitgliedern, welche gar nicht in die Lage kommen, Nutzen von den Einrichtungen des Verbandes zu ziehen, wenigstens in Krankheitsfällen eine Unterstützung zu gewähren, zumal solche Kollegen bei den Verhältnissen in den Kleinbetrieben oftmals sowieso, wie man sagt, von der Hand in den Mund leben und im Krankheitsfälle mit der bittersten Not zu kämpfen haben, wenn zudem noch die Krankenkassenunterstützung gering ausfällt. Übrigens ist schon seit langer Zeit immer und immer wieder betont worden, es sei ein gutes Recht dieser Kollegen, auch für sich nützliche Einrichtungen im Verband zu verlangen, wir waren deshalb fest überzeugt, daß dieser Antrag am besten geeignet sei, die Lücke in unseren Unterstützungseinrichtungen auszufüllen. Zähler gibt auf Anfrage bekannt, daß dem Verbandstag eine Zusammenstellung des Materials vorgelegen habe, nach welchem es unmöglich ist, eine solche Unterstützung einzuführen, es sei denn, daß die Zentralkrankentasse sich dem Verband einverleibt. Die Versammlung ist jedoch von der Unmöglichkeit nicht so überzeugt, eher hätte der Beitrag noch mehr erhöht werden sollen, als daß dieser Antrag fallen gelassen wurde. — Von den übrigen Erweiterungen der Unterstützungseinrichtungen wurde mit Befriedigung Kenntnis genommen.

Große Enttäuschung und Mißbilligung rief die Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin hervor, ebenso die Abernennung Dietrichs von der Verbandsleitung. Man ist der Ansicht, daß der Sitz des Verbandes unbedingt hätte Stuttgart bleiben müssen, da in Süddeutschland noch viel zu agitieren ist und in Norddeutschland genügend Kräfte vorhanden sind, so daß für die Verlegung keine Notwendigkeit vorlag. Jedenfalls ist das nur das Ausspielen einer Machfrage und als solche behandelt worden. Es wird in dieser Sache folgender Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Die heutige Versammlung bemerkt ausdrücklich, daß wir in Straßburg durchaus keine Notwendigkeit einsehen, aus Gründen einer besseren Geschäftsführung den Vorort des Verbandes von Stuttgart nach Berlin zu verlegen und können wir dem Verbandstag über diesen Beschluß keinen Dank wissen.“

Betreffs der Pensionierung Dietrichs erfolgt folgende Kundgebung:

„Die Straßburger Kollegen sprechen hierdurch dem Kollegen Dietrich die vollste Sympathie und Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit aus und betrachten es als ein Unrecht, daß er ohne zwingenden Grund dieser Tätigkeit entlassen worden ist. Sie sind überzeugt, daß Dietrich immer das Bestmögliche geleistet hat und auch weiter in Zukunft hätte leisten können. Da er jedoch lediglich einer Machfrage wegen beiseite geschoben worden ist, halten sie es für angebracht, ihm an dieser Stelle für seine Tätigkeit in der allgemeinen Sache besonders zu danken.“

Köln a. Rh. In der am 16. Juli abgehaltenen Generalversammlung wurde zunächst der Geschäftsbericht gegeben, dem folgendes zu entnehmen ist. In dem abgelaufenen Quartal fanden 6 Versammlungen statt, deren Besuch noch immer viel zu wünschen übrig ließ. Der Mitgliederbestand beträgt am Schluß des 2. Quartals 58, neu aufgenommen wurden 6 Kollegen, der Rückgang der Zahlstelle ist dadurch zu erklären, daß 15 Kollegen wegen Resten gestrichen werden mußten. In der dem Geschäftsbericht folgenden Diskussion wurde bedauert, daß man immer noch mit Elementen rechnen mußte, die bei einer Lohnbewegung betreten und nach erfolgter Durchführung derselben dem Verband wieder den Rücken kehren. Es wurde jedoch die Hoffnung ausgesprochen, daß durch den jetzt erfolgten weiteren Ausbau unserer Unterstützungswesen wohl auch hier in Köln stabilere Verhältnisse eintreten werden.

Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt

worden war, erhielt der Delegierte vom Verbandstag das Wort zu seinem Bericht.

Kaiser überbrachte zuerst die Grüße des Verbandsvorstandes, worauf die Versammlung mit Bedauern von dem Ausscheiden Dietrichs aus dem Verbandsvorstand Kenntnis nahm.

Ehe Kaiser seinen eigentlichen Bericht gab, kennzeichnete er die Angriffe des „Kölner Lokalanzeigers“, eines Ablegers der ultramontanen „Kölnischen Volkszeitung“, auf unseren Verband. In der betreffenden Notiz wird unter der Spitzmarke „Aus dem Lager der Genossen“ vom sozialdemokratischen Buchbinderverband gesprochen und aus der Beurteilung des Redakteurs in der Neutralitätsfrage und der Wahl der neuen Vorsitzenden „ein Ruck nach links“ konstatiert, den unser Verband gemacht habe, um daraus zum Schluß Profolyten für den neuen christlichen Verband für das graphische Gewerbe zu machen. Kaiser erklärt, er fühle sich verpflichtet festzustellen, daß sich der Verbandstag überhaupt nicht mit Politik beschäftigt habe, der Verbandstag habe sich vielmehr durch Annahme einer Resolution für die Neutralität der Gewerkschaften ausgesprochen. Die Gewissenhaftigkeit mit der dieser Bericht zusammengestellt sei, beweist auch der Umstand, daß er unseren Redakteur Georg Fischer nennt.

Alsdann erstattete Kaiser den Bericht über den Verbandstag. Derselbe wurde mit großer Aufmerksamkeit und unter großem Beifall entgegen genommen. In der darauffolgenden Diskussion wurde zunächst beschlossen, den Bericht des „Kölner Lokalanzeigers“ mit zur Beratung zu stellen, da wir als zunächst beteiligte Zahlstelle die Pflicht hätten, derartigen Anrempelungen entgegenzutreten. Sämtliche Redner sprachen sich anerkennend über die Leistungen des Verbandstags aus, nur wurde bedauert, daß der Sitz des Verbandes nach Berlin verlegt worden sei, hierfür wäre doch kein stichhaltiger Grund vorhanden gewesen. In Sachen des „Kölner Lokalanzeigers“ wurde allgemein große Entrüstung ausgesprochen. Ein Redner führte aus, daß der Artikel gar keine Beachtung verdiene, da er nur ein Gehäufel der allgeringfügigsten Sorte sei. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Diskussion auf die nächste Versammlung vertagt und folgende Resolution eingebracht:

Die am 16. Juli 1904 tagende Generalversammlung nimmt den Bericht vom Dresdener Verbandstag unter lebhaftem Beifall entgegen. Sie verurteilt auf das allerschärfste die gehässigen Angriffe des „Kölner Lokalanzeigers“ auf den Deutschen Buchbinderverband und bezeichnet sie als elende Verleumdung. Die Versammlung erklärt ferner, daß der „Kölner Lokalanzeiger“ statt seiner Anzeiherung der Neutralität des Buchbinderverbandes besser über den Ausbau und die Leistungsfähigkeit desselben berichtet hätte, dann würden auch den christlich organisierten Kollegen die Augen aufgehen und sie sehen können, wo ihre Interessen am besten gewahrt werden.

Diese Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen und beschlossen, dieselbe auch in der „Rheinischen Zeitung“ zu veröffentlichen.

Da im Verlauf der Verhandlungen der zweite Vorsitzende sein Amt niedergelegt hatte, so wurde an seine Stelle Schreiber gewählt, an dessen Posten als zweiter Schriftführer tritt Hartwig. Sodann wurde beschlossen, eine Gastkonferenz nach Köln einzuberufen, da dies in Anbetracht der wichtigen Beschlüsse des Verbandstags unbedingt notwendig geworden ist. Zum Schluß wurde noch auf den am 31. Juli in Krefeld stattfindenden Gauausflug aufmerksam gemacht und zu recht zahlreichem Besuch aufgefordert.

Chemnitz. In unserer am Sonnabend den 9. Juli stattgefundenen Versammlung referierte der neugewählte Vorsitzende unseres Verbandes Emil Kloth-Weipzig über die stattgefundenen Arbeiten des Verbandstags. Der Beifall, den er durch seinen einstündigen Bericht erntete, bewies, daß die Kollegen im großen und ganzen mit den Arbeiten des Verbandstags einverstanden sind, weil zum Teil bedeutende Verbesserungen für die jüngeren sowie auch für die älteren Kollegen beschlossen wurden, deren sich die Mitglieder beiderlei Geschlechts des Deutschen Buchbinderverbandes den anderen Verbänden gegenüber gewiß nicht zu schämen brauchen.

Was die Erhöhung der Beiträge anbelangt, so gab es hierüber geteilte Meinungen, wenn man auch den Erhöhungen nicht unfreundlich gegenüberstand, so hegte man doch die Befürchtung, daß ein großer Teil der organisierten Kollegen und Kolleginnen in Chemnitz sowie im Erzgebirge nebst dem Vogtlande infolge ihrer niedrigen Arbeitslöhne aus dem Verbands austreten werden, ferner auch, daß den Kollegen die positive Arbeit, die sie in der Agitation zu leisten haben, dadurch bedeutend erschwert wird.

Die Chemnitzer organisierten Kollegen seien aber auch an dieser Stelle dringend ermahnt, bei einem derartigen Thema wie das in dieser Versammlung, wie überhaupt mehr Lust und Liebe zum Versammlungsbesuch an den Tag zu legen, als bisher, denn durch eine derartige Schlafmüdigkeit kann nie und nimmer eine Zahlstelle blühen und gedeihen, geschweige denn können die Kollegen sich bei den Herren Arbeitgebern eine achtunggebietende Stellung eringen.

Hannover. Am Sonnabend den 16. Juli tagte unsere Mitgliederversammlung, in welcher unsere Delegierten Bericht erstatteten über die auf dem Verbandstag gefaßten Beschlüsse. Trotzdem wir der Ansicht waren, daß es wohl alle Mitglieder interessieren müßte, etwas über den Verlauf der Verhandlungen in Dresden zu hören, waren doch nur zirka 40 Personen zu dieser Versammlung erschienen. Ein Teil der Schuld an dem schlechten Besuch mag auch der tropenähnlichen Hitze, die gerade an diesem Sonnabend herrschte, zuzuschreiben sein.

Einleitend bemerkte der Vorsitzende, ob es überhaupt angebracht sei, die Versammlung stattfinden zu lassen. Hiergegen wurde aber von Goppert lebhaft protestiert, worauf die Versammlung nach 9 Uhr eröffnet wurde.

Da unsere beiden Delegierten auf dem Verbandstag viel in Kommissionen beschäftigt waren und somit nicht einer allein den Verlauf der Verhandlungen schildern konnte, mußten sich beide in den Bericht teilen.

Zunächst erhielt Kornacker das Wort. Kornacker schilderte zunächst den herzlichen Empfang der Delegierten von seiten der Dresdener Kollegen und verbreitete sich dann in recht ausführlicher Weise über den Verbandstag selbst. Nach Beendigung der fast einstündigen Ausführungen Kornackers ergriff Stufenbrock das Wort und schilderte in ebenfalls einstündiger Rede den Teil der Dresdener Verhandlungen, dem Kornacker durch Kommissionszisierung verhindert war beizuwohnen.

An der nun folgenden Diskussion beteiligten sich außer den beiden Delegierten nur Hartmann und Nicolai. Nicolai dankt zunächst den Delegierten für ihre auf dem Verbandstag gehabte Mühe und spricht dann seine Unzufriedenheit darüber aus, daß Dietrich nicht Vorsitzender des Verbandes geblieben sei. Ob wir mit Kloth ebenso gut oder vielleicht besser fahren würden wie bisher mit Dietrich, sei eine Frage der Zeit, desgleichen, ob uns das Verlegen des Verbandssitzes nach Berlin zum Vorteil gereichen würde. Die in Aussicht gestellte Verschmelzung des Portef.-Verb. mit dem Buchb.-Verb. wurde vom Redner freudig begrüßt. Insbesondere spricht Nicolai seine Genugtuung darüber aus, daß Albert auf dem Verbandstag gehörig der Kopf gewaschen wurde. Zum Schluß kritisiert Redner noch das Verhalten des „Volkswille“, der, obwohl er dazu in der Lage war, ausführliche Berichte zu bringen, nur sehr mangelhaft berichtet hat. Stufenbrock kritisiert nochmals das Verhalten Alberts, der allein für sechs Zeitungen die Berichterstattung übernommen, und somit seine Delegation zum Verbandstag zu einem enträglichem Geschäft gemacht hätte. Stufenbrock erklärt zum Schluß, daß er sowohl wie Kornacker die Absicht gehabt hätten, dem „Volkswille“ Berichte einzusenden, nach der Albert-Debatte hätten sie es aber nicht mehr für angängig gehalten, daß Delegierte auch an Zeitungen berichteten. Alsdann spricht Hartmann seine Zufriedenheit über die Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin aus; doch hätte auch er gerne gesehen, wenn Dietrich sein Amt weiter geführt hätte. Kornacker kritisiert ebenfalls nochmals die standalöse Handlungsweise Alberts, die auf dem Verbandstag einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen habe. Albert habe sogar einem beschäfti-

gungslosen Berufsberichterstattung den Auftrag vor der Nase weggeschnappt. Zum Schluß verweist Stufenbrock auf den demnächst in Broschürenform erscheinenden Bericht vom Verbandstag, der für 10 Pf. an die Mitglieder abgegeben werden soll. —

Sodann teilt Stufenbrock mit, daß die bei den Innungsmeistern am 1. Juli einzuführende 9stündige Arbeitszeit mit einer Ausnahme sich glatt vollzogen habe. Diese Ausnahme hat sich der Herr Buchbindermeister Tasche (Mitglied des Innungsvorstandes) erlaubt, indem er den einen von seinen fünf Gehilfen, der sich an die mit der Innung gefaßten Beschlüsse hielt und um 6, statt wie bisher um 7/7 Uhr, die Arbeit niederlegte, kurzerhand entließ. Der entlassene Kollege klagte beim Gewerbegericht auf Entschädigung für 14 Tage und ist Tasche im Versäumnisverfahren zur Zahlung verurteilt. Wenn Herr Tasche in den nächsten Tagen von seiner Reise zurückkehrt, wird er sich schon zur Einführung der 9stündigen Arbeitszeit entschließen müssen.

Vor kurzer Zeit ist unserem Vorsitzenden von Seiten der Innung die Mitteilung zugegangen, daß von derselben zwei Meister zu einem Schiedsgericht gewählt seien. Dieses Schiedsgericht, zu dem von Seiten der Innungsgehilfen ebenfalls zwei Personen zu wählen sind, solle alle Zwistigkeiten im Gewerbe schlichten. Um nun die Wahl der zwei Gehilfen vorzunehmen, fand am Donnerstag den 14. Juli eine Innungsgehilfen-Versammlung statt, die aber so schlecht besetzt war, daß nur mit genauer Not die Wahl zustande gekommen ist; gewählt wurden Urbanske und Bucherpfennig.

Zum Schluß beklagt sich Stufenbrock über die schreckliche Laueheit der Innungsgehilfen und erklärt, daß ihm vor einigen Tagen private Mitteilung gemacht worden sei, daß, falls die Innungsgehilfen nicht bald ihre Laueheit abstreifen und dafür sorgen, daß die mit der Innung gemachten Zugeständnisse überall durchgeführt würden, die Innung beabsichtige, ihre Zugeständnisse am 1. Oktober zurückziehen. Danach mögen sich nun die Herren Innungsgehilfen richten.

Bundschau.

* Das Protokoll des Verbandstags wird diesmal in besonders ausführlicher Form, zum großen Teil nach stenographischen Aufzeichnungen, erscheinen. Darin können unsere Mitglieder erst die Verhandlungen genau und ausführlich nachlesen. Bei dem äußerst billigen Bezugspreis von 10 Pf. ist jedes Verbandsmitglied in der Lage, sich ein solches anzuschaffen.

* Die Abstinenzbewegung findet nicht nur in Arbeiterkreisen immer weitere Anhänger, sondern sie übt auch ihren wohlthuenden Einfluß auf die Kongresse der Arbeiter aus. So ist es auf unserem Verbandstag allgemein recht angenehm aufgefallen, daß Bier nur sehr wenig getrunken wurde, dagegen war außer dem Nachmittagskaffee Hauptgetränk des ganzen Tages Zitronenwasser, das in vielen hundert Portionen konsumiert wurde.

* Jubiläum. Am 18. Juli feierte der Buchbinder Emil Muster, unser langjähriges Verbandsmitglied, sein 50jähriges Gesellenjubiläum. Der Jubilar steht im 69. Lebensjahr und erfreut sich noch der vollsten Miftigkeit; so daß er hoffentlich noch lange seinem Beruf nachgehen können. Auch wir wünschen unserem alten Kollegen, daß er die künftigen Jahre seines Lebens bei vollster Gesundheit und bestem Wohlergehen verleben möge.

* Eine Fadenheftvorrichtung wurde laut Mitteilung des internationalen Patentbureau von Heimann & Co. in Dppeln für Deutschland dem Herrn Fritz Groß in Schöneberg bei Berlin unter Nr. 150258 patentiert. — An der bekannten Fadenheftvorrichtung, mittels welcher mehrere kurze Fadenteile abgeschnitten und durch die zu heftenden Bogen mit ihren freien Enden hindurchgestoßen werden, sind zwei oder mehrere Heftvorrichtungen völlig unabhängig voneinander angeordnet, deren gegenseitige Entfernung beliebig einstellbar ist.

* Prachtwerk. Die Reichsdruckerei hat ein in typographischer Beziehung bemerkenswertes Werk hergestelt. Sie veranstaltete von dem Nibelungenliede eine neue Ausgabe. Joseph Sattler in Berlin hat die Ausstattung des in Großfolio erschienenen Buches besorgt. Initiale, Typen, Randleisten, Textillustrationen und Wollbilder sind von ihm nach einheitlichem künstlerischen Plan entworfen. Die Ausgabe wurde in einer Auflage von nur 200 nummerierten Exemplaren gedruckt. Nr. 1—4 auf Pergament zu 2500 Mk., Nr. 5—34 auf japanischem Wätpapier zu 600 Mk., Nr. 35—200 auf Wätpapier zu 450 Mk. Der in der Reichsdruckerei hergestellte Originalband des Werkes stellt sich in Ganzleinen auf 30, in Ganzleder auf 45 Mk.

* Leistung der deutschen Papierindustrie. Nach dem Handbuch der Wirtschaftskunde Deutschlands, Verlag von Teubner-Leipzig, belief sich der Wert der Erzeugnisse der deutschen Papierindustrie 1897 auf 550 Millionen Mark, von denen etwa die Hälfte auf Papierzeugung und die Hälfte auf Papierverarbeitung entfällt.

* Die nächste Berufs- und Gewerbe-zählung ist nunmehr endgültig bis zum Jahre 1907 zurückgestellt worden. Damit ist die Verbindung mit den Volkszählungen aufgegeben.

* Die Berliner Steinseher sind am 27. Juni in den Generalstreik getreten, nachdem die Innung die Arbeitsaufnahme bei sechs Firmen, in denen die Kammer wegen Bohnerhöhung ausständig waren, durch Aussperrung von 250 Steinsehern und durch Androhung einer Generalaussperrung zu erzwingen suchte.

* Zur Invalidenversicherung. Durch rechtskräftiges Urteil der Zivilkammer des Kgl. Landgerichts Heilbronn vom 12. Februar 1904 ist eine für alle Arbeitgeber hochwichtige Entscheidung getroffen worden, die in dem Satze gipfelt: „Der Arbeitgeber, der die Schuld an der Unterlassung der Beitragsentrichtung zur Invalidenversicherung für seinen Arbeiter trägt, ist verpflichtet, diesem, so lange er lebt, die entgehende Invalidenrente zu bezahlen.“ Das Urteil lautete nämlich: „Die Beklagte hat dem Kläger vom 12. Mai 1903 ab auf Lebensdauer jährlich 156 Mk., in vierteljährlichen Raten vorauszahlbar, zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.“ Es ist dies, wie das „Gewerbeblatt aus Württemberg“ bemerkt, in Württemberg seit Bestehen der Invalidenversicherung die erste gerichtliche Entscheidung in dieser Frage.

Briefkasten.

H. D. in R. Ein Bericht ist nicht eingegangen; wie mir E. in Dresden sagte, hat er einen solchen nicht abgeschickt.

F. F. W. in R. Der Bericht ist nicht von mir korrigiert und also auch nicht von mir getüzt, sondern von meiner Vertretung.

A. W. in R. Ich bin Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie, wie versprochen, mir weitere Preßäußerungen zusenden.

D. Sch. in B. Findet jedenfalls in nächster Nummer Unterkunft.

F. F. in D. Danke für Sympathieerklärung, ich bin im letzten Teile Ihres Briefes derselben Meinung. Zurückgestellt: Bericht aus Düsseldorf, Leipzig und Dresden.

Uebrig Exemplare der Nr. 28 werden gebeten an die Expedition retourzusenden.

Abänderungen im Adressverzeichnis.

Adressen der Gaubevollmächtigten.

Gau VII. Sauerort Bremen: Karl Matthä, Bremen, Altenhallerstraße 69. (Vertrauensmann für Oldenburg: C. Lüden, Brüderstr. 9; für Gesehmünde: L. Traudt, Kirchenstraße 29.)

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Bremen: Alb. Nörmann, Doffauerstraße 21. Dören (Rheinland): Joh. Frenken, Altweltlerplatz 24. Heidelberg: Karl Paule, Gewerkschaftshaus „Zum goldenen Römer“, Hauptstraße 41. Gildesheim: Ernst Genß, Feldstraße 25 p. Kassel: Alb. Glauter, Gentelstraße 4 p. Mannheim-Ludwigshafen: Konrad Göge, Mannheim, U 5, 6 V.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Düren. Z. G. Horst, Höfchen 18; von 12/4—1 und 7/4—8 Uhr, Sonntags von 9—10 Uhr. Gildesheim. Z. R. Horst, Altmarkt 89 I; von 6/2 bis 7/2 Uhr.

H. Gewerkschaftshaus, Goshenstraße.

Karlstraße. Z. Emil Gläfer, Adlerstraße 5 II; von 1/2—1/2 und Sonntags von 12—1 Uhr. Ml. 18 Mt. Az. 9/2 St.

Kassel. Z. A. Karl Barthelmay, Mllergasse 22 II.; von 5/2—6/2 Uhr, Sonntags von 1—2 Uhr.

Zeig. Z. R. Brückner, Leipzigerstraße 7; von 12 bis 1 und 6—8 Uhr, Sonntags von 12—1 Uhr. Ml. 18 Mt. Az. 9/2 St.

Abrechnungen

von 2. Quartal 1904 gingen bis zum 19. Juli bei der Verbandskasse ein: Von Aachen mit 36,85 Mk., Adlershof 33,32 Mk., Altona 45,89 Mk., Barmen 156,58 Mk., Braunschweig 75 Mt., Bromberg 27,53 Mt., Chemnitz 430,04 Mt., Darmstadt 51,51 Mt., Dessau 90 Mt., Eisenach — Mt., Eberfeld 115 Mt., Falkenstein 58,16 Mt., Gbknitz 32,48 Mt., Heidelberg 34,06 Mt., Gildesheim — Mt., Jena 60,92 Mt., Kassel 100 Mt., Krefeld — Mt., Mllheim-Oberhausen 53,74 Mt., Regensburg 154,46 Mt., Rostock — Mt., Schwerin 40 Mt., Stuttgart 1400 Mt., Weimar 39,63 Mt., Würzburg 100 Mt. und von Zeig mit — Mt.

Alle nach dem 30. Juni eingegangenen Gelbendungen werden fürs 3. Quartal gebucht.

E. Hauelsen.

Anzeigenteil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig. 456] [6.30

Verwaltungsstelle Bielefeld.

Sonntag den 31. Juli, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Flakbeck, Breitestraße

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Hannover.

Sonabend den 30. Juli, abends 9 Uhr, im Kassenlokal, „Ballhof“

Vierteljähr. Hauptversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Montag den 25. Juli, abends 8/2 Uhr, im Kassenlokal, Restaurant „Pantheon“, Dresdenerstraße

Hauptversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Offenbach a. M.

Sonntag den 31. Juli, vormittags 9/2 Uhr, im Saalbau, Austraße 9

Hauptversammlung.

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Vorstandswahl.
3. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Stuttgart.

Sonntag den 24. Juli, vormittags 1/211 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Eßlingerstraße, Saal 9

Vierteljähr. Hauptversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 23. Juli, abends 7/8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Eßlingerstr., Saal 7 u. 8
Mitglieder-Versammlung.

457] Tagesordnung: [4.10
1. Berichterstattung vom Verbandstag.
Referenten: Kollegen Böttcher u. Schröter.
2. Fragekasten. — Verschiedenes.
Die Versammlung wird um 8 Uhr eröffnet. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Zur **Aufführung eines Reigens** am „Guten Montag“, 5. September, bedürfen wir einer größeren Anzahl Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren. Wir ersuchen die Kollegen dringend, ihre Mädchen in diesem Alter am Samstag in der Versammlung oder schriftlich beim Vorstehenden anzumelden.

Sonntag den 31. Juli

„Tagesausflug“

nach **Gmünd, Rechberg, Hohenstaufen** (Mittageßen), Göppingen. Abfahrt (Hauptbahnhof Stuttgart) 4 Uhr 20 Min. morgens. Der ermäßigte Fahrpreis beträgt 1,80 Mk. pro Person und ist derselbe bei der Einzeichnung zu entrichten. Einzeichnungen können in der Versammlung oder am Büfett des „Gewerkschaftshaus“ geschehen. — In größere Werkstuben werden Listen gefandt.

Da der Ausflug von allen Seiten als sehr lohnend bezeichnet wird, ersuchen wir um starke Beteiligung.

Sonntag den 24. Juli treffen sich unsere Mitglieder auf dem **Schönblick** bei dem

Sommerfest der „Freien Turnerschaft“.

Eintritt 10 Pf.

Der Vorstand.

Zahlstelle Bremen.

Am Sonntag den 31. Juli findet ein

Gemeinschaftlicher Ausflug

mit den Oldenburger Kollegen nach dem schönen gelegenen Kurort

„Zwischenahn“

statt. Die Bremer Kollegen treffen sich 9 1/2 Uhr am Neustadtbahnhof, Ankunft in Oldenburg und Zusammen-treffen mit den Oldenburger Kollegen 11.15 Uhr.

Die Bremer Kollegen und die Mitglieder des Gau'es sind mit ihren Damen zu diesem Ausflug freundschaftlich eingeladen. [2.00 459]

Der Gaubevollmächtigte,
Carl Matthia.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe in Berlin.

Ausserordentliche

General-Versammlung

am **Montag den 1. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal I).** 459]

Tagesordnung: [5.60

- 1. Wahl von zwei Kassenbeamten.
- 2. Ergänzungswahl für den Vorstand.
- 3. Beratung der Dienstverträge.
- 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Wir ersuchen die Delegierten, in dieser wichtigen Versammlung bestimmt zu erscheinen.

Des weiteren machen wir hiermit bekannt, daß die 6. Abänderung des revidierten Kassenstatuts vom Bezirksausschuß genehmigt ist und am Montag den 25. Juli d. J. in Kraft tritt. Die Abänderung besagt, daß den versicherungspflichtigen Mitgliedern die Beiträge in den Duitungsbüchern nicht mehr abgestempelt werden, sondern bei Lösung des Arbeitsverhältnisses eine Bescheinigung vom Arbeitgeber erteilt werden muß. Außerdem machen wir noch bekannt, daß bei unserer Kasse zwei Stellen als Kassenbeamte (Buchhalter) sofort zu besetzen sind.

Das Anfangsgehalt beträgt 1800 Mk. jährlich und steigt bis zum Höchstgehalt von 2400 Mk.

Reflektanten müssen Mitglieder der Kasse sein und einen eigenen Hausstand haben. Selbstgeschriebene Offerten sind bis zum 27. d. M. an den Vorstehenden Bernh. Jost, Blumenstr. 61 II, zu richten.

Der Vorstand.

Bernh. Jost, Georg Wäßler,
Vorstehender, Schriftführer.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

460] Tagesordnung: [3.00
1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag in Dresden.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir ersuchen alle Mitglieder, in dieser wichtigen Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Fachverein Leipzig.

Freitag den 29. Juli, abends 7/7 Uhr

General-Versammlung

im Saale der „Dorfschmiede“, Kreuzstraße 14.

461] Tagesordnung: [3.60

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
- 2. Anträge.
- 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.

NB. Sonntag den 7. August Ausflug nach **Machern-Brandis.**
Näheres darüber erfolgt noch durch Inserat und Zirkular.

Unserem werten Kollegen und bisherigen ersten Vorsitzenden

Gottlieb Rügner

bei seiner Abreise von hier ein

„**Herzliches Lebewohl!**“

Seine Freunde und Kollegen:

Fr. Wäber, Karl Faist, Valentin Hopp, Jos. Wolfer, Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen. 462]

Unserem Kollegen [1.20

Rudolf Neuhoft

und der Kollegin

Berta Schönwaldt

die **Herzlichsten Glückwünsche** zur **Vermählung.**

Berlin, 28. Juli 1904.

463] Kollegen und Kolleginnen der Firma Jean Fäffig. [1.00

Unserem lieben Kollegen und langjährigen Mitglied der Würzburger Zahlstelle

Joseph Herbert

bei seiner Abreise nach Baltimore (Amerika) ein

„**Herzliches Lebewohl!**“

464] Die organisierten Buchbinder der S. Stürchischen Druckerel, Würzburg. [1.00

Nach München!

Für die uns anlässlich des Ausflugs der Zahlstellen **München, Augsburg, Kaufbeuren** nach dem Ammersee durch den Gausvorsitzenden Kollegen Schuhmacher sowohl als hauptsächlich durch die gebiegenen Vorträge des „Buchbinder-Männerchor München“ bereiteten so vergnügten Stunden sprechen den herzlichsten Dank aus 465] Die Zahlstellen Augsburg und Kaufbeuren. Hoffend auf baldiges Wiedersehen! [1.00

Tüchtiger Kartonnagen-Buschneider,

mit allen vorkommenden Arbeiten durchaus vertraut, bei hohem Lohn für dauernde Stellung gesucht. Verheiratete bevorzugt.

Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen zu richten an José del Monte, Stuttgart, Kartonnagenfabrik, Canustatterstr. 97. 466]

Restaurant zur „Guten Quelle“,

Leipzig-Rendnitz, Läubchenweg 57.

Empfehle meine neu renovierten Lokalitäten allen Kollegen und Bekannten. Gesellschaftszimmer mit Klavier, für Werkstubeversammlungen usw. vorzüglich geeignet.

Bestgepflegte Getränke und gute Speisen. 467] Achtungsvoll [1.10
Emil Weihmann.

Unseren Kollegen [0.90

August Weiss, Otto Kucher

und **Eugen Dangel**

bei ihrer Abreise ein

„**Herzliches Lebewohl!**“

Die organisierten Kollegen von Schwab. Gmünd. 468]

Unseren Freunden und Kollegen [0.90

Robert Heier, erster Vorsitzender, und

Heinrich Keilbach, Revisor,

zu ihrem Scheiden ein

„**Herzliches Lebewohl!**“

469] Die Kollegen der Zahlstelle Konstanz. [0.70

Unseren lieben Kollegen [0.70

Walter Leinen und Anton Hübner

zu ihrer Abreise ein

„**Herliches Lebewohl!**“

470] Die Kollegen der Zahlstelle Silberstein. [0.80

Unserem lieben Kollegen [0.80

Gottlieb Rügner

bei seiner Abreise von hier ein

„**Herzliches Lebewohl und ferneres Wohlergehen!**“

471] Die Mitglieder der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen. [1.40

In Leipzig ist ein flottgehendes

Schreib- u. Galanteriewarengeschäft,

verbunden mit **Woll- und Schnittwarenhandlung** und kleiner Buchbinderel, dessen Umsatz sich innerh. zehn Jahren verdachsfachte, und jetzt 32—33 000 Mk. jährl. beträgt, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Branchenkenntnisse nicht erford., da einger. Personal vorh. u. weitgehendste Einführuna leit. d. bisß. Besitzers gewährleistet wird. Offert. unt. **E. K. 110, Leipzig, Bayerische Straße Nr. 81, Eckladen.** 472a]

473]

Linierer

tüchtig auf Förste & Tromm in dauernde Stellung gesucht. Offerten unter **W. 125** mit Zeugnisabschriften an die Expedition dieser Zeitung. [1.60



Fachmännisch geprüfetes
Carageenmoos
per Kilo 0,80 Mk., per 50 Kilo 35 Mk., liefert 474] [1.60
Paul Szigrist, Marmorierlehrer, Leipzig, Talstr. 1.